

# „30 Milliarden zurückgeben“

**Interview:** Der Wirtschaftsweiser Volker Wieland kritisiert geplante Steuerentlastungen als ungenügend

Von Barbara Will

**KASSEL.** Union und SPD wollen mit ihrer Einigung in den Sondierungen die Steuerzahler weniger entlasten als möglich gewesen wäre, kritisiert der Volkswirtschaftler Volker Wieland. Wir sprachen mit dem Ökonomen, der zu den fünf Wirtschaftsweisen gehört, am Rande einer Veranstaltung des Finanzberaters Plansecur in Kassel.

**Herr Professor Wieland, einige Forderungen des Jahresgutachtens, etwa nach Steuersenkungen, finden sich in den Sondierungsergebnissen von SPD und Union. Sind Sie damit zufrieden?**

**PROF. VOLKER WIELAND:** Teilweise. Sinnvoll ist es, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zu senken. Aber 0,5 statt nur 0,3 Prozentpunkte wären möglich. Unter anderem dank der Agenda-2010-Reformen ist die Beschäftigung in Deutschland deutlich gestiegen. Deshalb kann man den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung stärker reduzieren. Beim Soli und den Steuern insgesamt hätten wir ebenfalls deutlich mehr Spielraum gesehen.

**Was wäre Ihrer Meinung nach möglich gewesen?**

**WIELAND:** Es wäre zuallererst angebracht, die kalte Progression vollständig zurückzugeben. Sie bedeutet, dass Beschäftigte wegen eines inflationsbedingten Lohnanstiegs in einen höheren Steuertarif rutschen und mehr Steuern zahlen, obwohl sie von der Kaufkraft her gesehen nicht mehr Einkommen haben. Die kalte Progression ist eine verdeckte Steuererhöhung. Seit 2010 sind hier zusätzlich 30 Milliarden aufgelaufen, die man den Steuerzahler zurückgeben sollte. Stattdessen hat man sich auf eine Abschaffung des Soli geeinigt, die mit zehn Mil-

liarden Euro zu Buche schlägt. Der Solidaritätsbeitrag bringt in den nächsten vier Jahren 80 Milliarden Euro ein, die Entlastung macht also gerade einmal zwölf Prozent aus.

**Wie soll der Staat die 80 Milliarden Euro hereinholen, die dann fehlen würden?**

**WIELAND:** Die Steuereinnahmen sind doch in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Mehr könnte zurückgegeben werden. Wenn nicht komplett, dann hätte man zumindest den Einkommensteuertarif anpassen können. Jetzt soll es für den Soli eine Freigrenze geben, vermutlich zwischen 55 000 und 65 000 Euro Bruttojahreseinkommen. Arbeitnehmer, die weniger verdienen, zahlen gar keinen Soli, die anderen den vollen Betrag auf ihre gesamten Einnahmen. Arbeitnehmer würden es sich genau überlegen, ob sie für eine Gehaltserhöhung kämpfen, wenn sie dann deutlich mehr Steuern zahlen müssen oder ob sie weniger arbeiten. Es soll noch eine Gleitzone geben, aber besser wäre ein Freibetrag.

**Das Sondierungspapier macht noch weitere Versprechungen, etwa beim Thema Rente. Sind diese zu halten?**

**WIELAND:** Wenn die Regierung das Rentenniveau bei 48 Prozent halten, die Beitragssätze stabil lassen und das Renteneintrittsalter nicht erhöhen will, dann müssen künftig viel mehr Steuereinnahmen in die Rentenkasse fließen. Doch man sollte die Rentenversicherung nicht mit versicherungsfremden Leistungen überfrachten. Die Mütterrente II und die Grundrente sind Umverteilungselemente, die ebenso aus Steuern finanziert werden müssten. Stattdessen müsste man jetzt beginnen, das Renteneintrittsalter an die zunehmende Lebenserwartung zu koppeln.

## ZUR PERSON



**Volker Wieland**

Volker Wieland (51) ist Professor für Monetäre Ökonomie an der Goethe-Universität Frankfurt. Seit März 2013 ist er Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der „fünf

Das heißt nicht, dass die jetzt 60-Jährigen bis 70 oder noch länger arbeiten müssen, denn der Anstieg würde sehr viel langsamer vonstatten gehen.

**Der Staat profitiert momentan von der sehr guten Konjunktur. Aber wie nachhaltig ist dieser Aufschwung?**

Wirtschaftsweisen“. Wieland stammt aus Aalen. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Die Wirtschaftsweisen erhalten in diesem Jahr den mit 10 000 Euro dotierten Preis des Vordenker Forums, hinter dem Plansecur steht. (wll)

**WIELAND:** Der Ausblick ist positiv. Aber wir können nicht dauerhaft vom derzeitigen Wachstum von über zwei Prozent ausgehen. Wir schätzen das langfristig mögliche Wachstum auf 1,4 bis 1,5 Prozent. Derzeit wird das Wachstum von Sonderfaktoren angetrieben, etwa von den extrem

niedrigen Zinsen, die eigentlich nicht auf Deutschland passen. Doch der Euroraum erholt sich, die Niedrigzinspolitik wird nicht ewig dauern und der Euro wird gegenüber anderen Währungen wieder aufwerten.

**Genügt der Stabilitätsmechanismus ESM der Eurozone, um einer neuen Finanzkrise vorzubeugen?**

**WIELAND:** Im Sondierungspapier steht, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM zu einem vom Europäischen Parlament kontrollierten Fonds ausgebaut werden soll. Doch das führt in eine falsche Richtung: Die Staaten müssen für ihre Politik selbst haften – Verantwortung und Kontrolle müssen auf einer Ebene sein. Derzeit gründet der ESM auf einem Vertrag der Regierungen und der Bundestag kann ein Veto einlegen. Das ist wichtig. Andernfalls ist die Gefahr groß, dass aus der EU eine Transferunion wird. Das würde letztlich nur den Anti-EU-Bewegungen noch mehr Auftrieb geben.

Sinnvoll wäre es, den ESM mit einem ordentlichen Verfahren zur Restrukturierung von Staatsschulden auszustatten. Auch die Bankenunion hilft, das Risiko, dass es wieder zu einer großen Finanzkrise kommt, zu reduzieren.

**Ist diese voll funktionsfähig?**

**WIELAND:** Die europaweite Bankenregulierung und Bankenaufsicht ist positiv. Ich warne aber, schon in kurzer Frist eine gemeinsame Einlagensicherung einzurichten. Denn viele Länder haben noch hohe Altlasten an notleidenden Krediten aus der Finanzkrise.

Sie in die Einlageversicherung zu überführen wäre, als wenn jemand eine Vollkaskoversicherung abschließen will, nachdem er das Auto an die Wand gefahren hat.